

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Polizeistrukturereform 2010 verwerfen - Pläne zur Neuorganisation der Landespolizei aussetzen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Pläne zur Polizeiorganisationsstrukturereform auf unbestimmte Zeit auszusetzen, bis zweifelsfrei ermittelt worden ist, welche Auswirkungen durch etwaige administrative Umstellungen konkret hervorgerufen werden. Es ist daher unabdingbar, die derzeitige Arbeit der „Projektgruppe zur Neustrukturierung der Landespolizei“ ruhen zu lassen, solange nicht im Vorfeld den künftigen sozialen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Veränderungen genügend Rechnung getragen worden ist.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Kritische Stimmen, dass durch die geplante „Polizeistrukturreform 2010“ im Rahmen der Zentralisierung und Bündelung von Polizeidienststellen zwangsläufig eine Ausdünnung von Polizeipräsenz im ländlichen Raum hervorgerufen werden würde, nehmen stetig zu. Zudem ist bis heute unklar, in wie weit überhaupt sowohl die technischen Voraussetzungen, als auch personellen Einsatzkapazitäten in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen werden. Auch was die vorhandenen Liegenschafts- und Standortpotenziale angeht, liegt bis zum heutigen Tage keine klare Konzeption vonseiten der Landesregierung vor.

Die verschiedenen Modelle zur Kreisgebietsreform stehen ebenfalls im klaren Widerspruch zur Neuorganisation der landespolizeilichen Dienststellen.

Eine vorschnelle Realisierung der derzeitigen Reformpläne gemäß Koalitionsvertrag wird daher zweifelsfrei auf Kosten der Beamten und Bürger im Land gehen.